

29.07.2014

Kleine Anfrage 2546

der Abgeordneten Bernhard Tenhumberg und André Kuper CDU

Drohen Kita-Schließungen aufgrund der Unterfinanzierung der Kindpauschalen?

Kurz vor dem Start in das neue Kindergartenjahr am 1. August 2014 hat die SPD-Fraktion Bedenken geäußert, dass die frühkindlichen Bildung derzeitig unterfinanziert ist und dadurch zukünftig viele Kitas in freier Trägerschaft von Schließung bedroht sind. Insbesondere wies die SPD-Fraktion auf die Nichtauskömmlichkeit der sog. Kindpauschalen hin und sieht dabei vor allem die Städte und Gemeinden in der Pflicht, die finanziellen Auswirkungen einer Erhöhung der Kindpauschalen zu tragen.

Eine Unterfinanzierung der Kitas ist bereits im Beratungsverfahren der zweiten KiBiz-Reform immer wieder deutlich gemacht worden. Darauf aufbauende Anträge (Drs. 16/5956, 16/4577, 16/5999) und Forderungen zur Überprüfung und ggf. Erhöhung der Kindpauschale sind von den regierungstragenden Fraktionen der SPD und der Grünen abgelehnt worden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Bedenken der SPD-Fraktion hinsichtlich der finanziellen Auskömmlichkeit der frühkindlichen Bildung sowie drohender Kita-Schließungen?
2. Gibt es heute einen neuen Erkenntnisstand hinsichtlich einer Unterfinanzierung bzw. der Auskömmlichkeit der Kindpauschalen, den es im Juni 2014 - also zum Zeitpunkt der Verabschiedung der KiBiz-Änderungen - noch nicht gegeben hat?
3. Warum hat die Landesregierung im Zuge der zweiten KiBiz-Revisionsstufe keine Überprüfung und ggf. Anpassung der Kindpauschalen vorgenommen?
4. Wie beurteilt die Landesregierung die Frage der Konnexitätsrelevanz einer Erhöhung der Kindpauschalen?

Datum des Originals: 25.07.2014/Ausgegeben: 29.07.2014

5. Sieht die Landesregierung Handlungsbedarf, die Frage der Konnexitätsrelevanz der Erhöhung der Kindpauschalen rechtlich begutachten zu lassen, wie es auch die SPD-Fraktion angekündigt hat?

Bernhard Tenhumberg
André Kuper